

(Abg. Knobloch.)

(A) weißwachen — auch jedenfalls den Grund dazu gebildet, daß die jetzige Petition sehr kurz, ich möchte sagen, etwas zu kurz, ausgefallen ist. Sie ist nur in zwei Sätzen abgefaßt. Jedenfalls wollte der Stadtrat zu Radeberg das Hohe Haus nicht wieder mit einer langatmigen Petition belästigen. Die Finanzdeputation B und auch das Hohe Haus vom Jahre 1897/98 haben das Projekt für so wertvoll erklärt, daß man die Strecke Großenhain-Radeburg der Königl. Staatsregierung zur Erwägung und den Antrag, die Strecke von Radeberg nach Radeburg auszubauen, zur Kenntnismahme überwiesen hat. Die Regierung hat sich mit dieser Zensur einverstanden erklärt.

Die Petition steht in gewissem Zusammenhange mit dem Projekt der Nordostbahn, das uns schon öfter beschäftigt hat. Die Fortschritte, die dieses Projekt gemacht hat, haben jedenfalls der Stadt Großenhain Veranlassung gegeben, sich mit der Petition, wie sie hier vorliegt, nicht weiter zu befassen. Ich habe wenigstens von Großenhain keinerlei Benachrichtigung erhalten.

Anders liegen die Verhältnisse in Radeburg. Diese Stadt hat in erster Linie ein Interesse, an eine normalspurige Bahn angeschlossen zu werden.

(B) Dieser Wunsch würde ihr erfüllt durch die Verdrückung der Nordostbahn nach Süden, nach Radeburg zu. Mag nun die Bahn eingeführt werden in Priesterwitz oder in Großenhain, für Radeburg ist das gleich. Jedenfalls wird nach dieser Richtung hin ihrem Wunsche entgegengekommen.

Ein anderer Wunsch Radeburgs ist mir bekannt geworden von Seiten des Herrn Bürgermeisters, der dahin geht, mit der Gegend nach Radeburg zu verbunden zu werden. Radeburg hat davon Abstand genommen, mit zwei Petitionen vor diesem Hohen Hause zu erscheinen. Eine Petition hat Radeburg schon um Anschluß an die Nordostbahn eingereicht. Das ist der Grund gewesen, weshalb die Stadt Radeburg als Petentin zu der heute zur Beratung stehenden Linie nicht mit erscheint.

Das Interesse von Radeberg ist allerdings ein bei weitem größeres. Die Stadt Radeberg wünscht erstens die Erweiterung ihres Wirtschaftsgebietes und zweitens die Vergrößerung ihrer Industrie. Radeberg ist eine reine Fabrikstadt geworden mit einer gesunden, lebhaften Industrie. Leider läßt nur die Lage des Bahnhofes eine wirksame Erweiterung desselben wie auch die Neuanlage von Zweiggleisen nicht mehr zu, teilweise deshalb, weil der Bahnhof, hauptsächlich

der Teil des angrenzenden Landes, der zur Erweiterung des Güterbahnhofes in Frage kommen könnte, stark abfallend ist und daher nicht benutzt werden kann. Soweit das Land aber benutzt werden könnte, ist es in festen Händen, aus denen zu industriellen Zwecken absolut nichts mehr zu erwerben ist. Es ist naturgemäß die Frage und der Wunsch entstanden, wie der Herr Referent ganz richtig sagt, zur Erbauung von Fabriken u. dergl. günstige Bahnverbindungen zu bekommen. Im übrigen wünscht die Stadt die Erweiterung ihres Wirtschaftsgebietes. Das hat sie zu dem Wunsche geführt, die Gegend von Radeberg nach Radeburg zu durch eine Bahn erschlossen zu sehen, weil sie glaubt, daß sie dann inniger mit diesem Wirtschaftsgebiete, welches sie so wie so jetzt schon besitzt, verbunden würde und dieses ihr für die Dauer erhalten bliebe. Seither ist Radeberg immer nur, wenn auch nicht mit Absicht, so doch durch den Fortgang der Verhältnisse, geschädigt worden. Der Bahnbau Dürnröhrsdorf-Weißig hat der Stadt Radeberg einen sehr großen Teil ihres Wirtschaftsgebietes entzogen. Man hat ihr auch die Garnison genommen u. a. m., überall und immer hat sie nur Einbuße erlitten.

Nun sind wir außerdem der Meinung, daß die Königl. Staatsregierung für spätere Zeiten aus der Erbauung einer Güterstelle im Norden der Stadt Vorteil ziehen würde, weil dann auf Jahrzehnte hinaus die Erweiterung des jetzt bestehenden Güterbahnhofes unterbleiben könnte. Ich kann nicht umhin, sowohl der Deputation wie der Königl. Staatsregierung meinen herzlichsten Dank dafür auszusprechen, daß sie entgegen dem Antrage des Herrn Referenten in der Deputation auf meinen Antrag hin die kommissarische Beratung zugelassen haben. Diese Beratung hat schließlich dahin geführt, daß ein Teil der Petition, soweit es sich um die Erlangung einer zweiten Güterverkehrsstelle handelt und soweit es sich auf die dadurch erforderliche Herstellung eines Industriegleises bezieht, die Zensur „zur Kenntnismahme“ erhielt. Ich weiß ganz genau, daß an dieser Zensur bei der jetzigen Auffassung der Staatsregierung hinsichtlich der Erbauung von Industriegleisen, nämlich unentgeltliche Hergabe des dazu nötigen Landes und womöglich Zahlung von Baubeiträgen, das Projekt unbedingt scheitern muß, denn die Kosten werden durch die zweimalige Überbrückung des Rödertales so kolossal,

(Abg. Träber: Sehr richtig!)